

# Geggus sieht keinen Spielraum für Sozialwohnungen

Mehr als 100 freie Plätze, aber Unterkünfte werden für Flüchtlinge benötigt / Falsche Auskunft von der L-Bank

Baden-Baden (hol) – Die Stadtverwaltung will keine leerstehenden oder in Bau befindlichen Flüchtlingsunterkünfte in Sozialwohnungen umwandeln. Das habe nie zur Debatte gestanden und dafür gebe es nicht genügend Unterkünfte, sagte Bürgermeister Michael Geggus gestern im Hauptausschuss. Das Gremium wird auf Veranlassung aller Fraktionen trotzdem noch einmal im März ausführlich über das Thema diskutieren.

Eine Umwandlung der Mehrfamilienhäuser am Aumattstadion in Sozialwohnungen wird dann aber nicht mehr möglich sein. Wie Geggus erklärte, werden dort im März die ersten Flüchtlinge in die als Anschlussunterkünfte vorgesehenen Wohnungen einziehen. Die Reihenhäuser in der Sandweierer Rheintalstraße, über deren mögliche Umwidmung in den vergangenen Tagen ebenfalls gesprochen wurde, sollen laut Geggus im Sommer bezogen werden.

Das BT hatte in der vergangenen Woche über leerstehende Unterkünfte in Oos-West und im Heizenacker berichtet, für deren Bau und Sanierung die Stadt mehrere Millionen Euro ausgegeben hat. In diesem Zusammenhang hatten Stadträte nachgefragt, ob man einige der jetzt noch in Bau befindlichen Unterkünfte in Sozialwohnungen umwandeln könnte. Dies war von der Verwaltung stets verneint worden mit der Begründung, dass man sonst erhaltene Zuschüsse zu-



Kurz vor dem Erstbezug: Am Aumattstadion ziehen Anfang März die ersten Flüchtlinge ein.

Foto: Reinbothe

rückzahlen müsse. Doch nun stellt sich, wie berichtet, alles anders dar: CDU-Landtagsabgeordneter Tobias Wald, wohnungsbaupolitischer Sprecher seiner Fraktion, hat am Freitag gegenüber dem BT erklärt, der Erstbezug der Gebäude durch Flüchtlinge sei nicht zwingende Voraussetzung dafür, dass die Bauten danach als Sozialwohnraum genutzt werden dürften. Seine Kollegin von den Grünen, Ratsfraktionschefin Beate Böhlen, hatte die Stadt-Baugesellschaft GSE sogar bereits am Mittwoch darüber informiert, wie sie gestern sagte. Die Regelung sei schon unter der alten Landesregierung anders gewesen als von der Stadtverwaltung angenommen. „Ist Ihnen denn nie in den Sinn gekommen, Herrn Wald oder mich danach zu fragen?“, ging sie Geggus hart an.

Dieser entgegnete, dass nicht sie, sondern die L-Bank der Ansprechpartner der Stadt ge-

wesen sei. Die offenbar fehlerhafte Auskunft, dass die Stadt bereits erhaltene Zuschüsse zurückzahlen müsse, wenn sie Flüchtlingsunterkünfte in Sozialwohnungen umwandle, ohne dass darin jemals Flüchtlinge wohnten, sei der GSE auf Nachfrage von der L-Bank gegeben worden.

## „Wir verbrennen kein Geld“

Er freue sich, dass das im Ministerium anders gesehen werde. Doch das ändere nichts an der Tatsache, dass es in der Kurstadt zu wenig Unterkünfte gebe, um daraus Sozialwohnraum zu machen. „Wir sind gut unterwegs, wir haben eine hohe Auslastung, wir verbrennen kein Geld“, sagte er. Der BT-Bericht habe den Eindruck erweckt, dass es viel Leerstand gebe. Das sei aber nicht der Fall. Eine der derzeit leerste-

henden Unterkünfte werde beispielsweise als Vorrat vorgehalten. „Wir rechnen möglicherweise über Nacht mit Familiennachzug und müssen auch diese Menschen adäquat unterbringen“, so Geggus.

Bei dieser Unterkunft handelt es sich um die beiden leerstehenden Wohnblöcke im Rollfeld 25 in Oos-West, über die auch das BT berichtet hatte. Dort hätten 48 Flüchtlinge in Anschlussunterbringung Platz, hieß es gestern im Ausschuss. Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass es auch in Gebäuden im Rollfeld 1, die derzeit als Erstunterkunft genutzt werden, etwa 50 freie Plätze gibt. Weitere 30 Plätze sind zudem in der Erstunterkunft am Waldseeplatz frei, hieß es gestern. Angesichts dieser „mehr als 100 freien Plätze“ forderte CDU-Fraktionschef Armin Schöpflin schließlich eine ausführliche Information und Diskussion

über die Frage, ob nicht doch einige Unterkünfte als Sozialwohnungen genutzt werden könnten. Freie Wähler und Grüne schlossen sich dieser Forderung an – die SPD hatte bereits am Wochenende um Aufklärung gebeten. Dabei müsse endlich auch von der Verwaltung klar und deutlich die Ist-Belegung der Unterkünfte dargelegt und eine Auflistung aller vorhandenen Gebäude vorgelegt werden, forderte Werner Loehle (CDU) mehr Transparenz.

Die von Heinrich Liesen (FBB) ins Spiel gebrachte Unterkunft im Heizenacker, die für 2,7 Millionen Euro umgebaut wurde, sei als Anschlussunterbringung nicht nutzbar, sagte Geggus. Dort hätten zwar rund 150 Menschen Platz. Das Areal liege aber zu weit entfernt von der Stadt. „Wenn wir die Aufgabe der Integration ernst nehmen, können wir dort nichts machen“, so Geggus.